litiert wurde, erfuhr Dertinger, der die DDR mit seiner Familie nicht verlassen durfte, beständig unter MfS-Bewachung stand und 1968 verstarb, bisher keine Rehabilitierung.

Die Fülle der aus der Arbeit von Amos zu entnehmenden Informationen über den zweiten totalitären Staat auf deutschem Boden ist bemerkenswert. Häufig sind es gerade die kleinen Details, welche die Würze der Lektüre ausmachen. So beispielsweise, wenn man erfährt daß Herbert Wehner den Marburger Hochschullehrer Wolfgang Abendroth, bis 1961 SPD-Mitglied, danach Vorstandsmitglied des „Sozialistischen Bundes", so sehr geschätzt haben soll, oder daß die DDR mit dem Pahl-Rugenstein-Verlag quasi über einen eigenen Verlag im Westen, in Köln, verfügte. Das im Stasi-Jargon als Paul-Rubelschein-Verlag apostrophierte Unternehmen wurde zu einem nicht geringen Teil von der DDR finanziert und sein Inhaber, Manfred Pahl-Rugenstein, arbeitete als Informant für das MfS.

Mit dem Bau der Mauer 1961 endete die gesamtdeutsche Option in der „Westarbeit", denn eine deutsche Wiedervereinigung, so jedenfalls die SED-Führung im „Nationalen Dokument" von 1962, schien jetzt nur noch unter sozialistischen Vorzeichen denkbar. Die Realitäten der Wiedervereinigung von 1990 unterstrichen, daß diese Annahme ebenso irreal war wie die Erwartungen auf einen Erfolg der „Westarbeit" zwischen 1948 und 1961.

Dresden Reiner Pommerin

Christine Koch, Die Junge Gemeinde der evangelischen Landeskirchen in Sachsen und Thüringen 1945–1953. Dargestellt unter der besonderen Berücksichtigung des Konfliktes zwischen Staat und kirchlicher Jugendarbeit. Verlag Roderer, Regensburg 2000.VII, 450 S. (= Theorie und Forschung 648, Zeitgeschichte 9)

Die von H. Dähn betreute politikwissenschaftliche Dissertation schildert den Gegensatz zwischen staatlicher Jugendpolitik und evangelischer Jugendarbeit als wichtigen Faktor des Verhältnisses von Kirche und Staat in der SBZ/DDR und untersucht regionale Abläufe. Der Vergleich zwischen Sachsen und Thüringen bietet sich angesichts der divergierenden kirchenpolitischen Haltungen der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen und der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens an. Er fußt auf intensiven Studien in Staats-, Stadt- und Kirchenarchiven und Zeitzeugenbefragungen.

Wie das NS-Regime sah sich auch der entstehende kommunistische Staat auf die Rekrutierung der Jugendlichen angewiesen. So war kirchliche Jugendarbeit weiterhin nur auf Gemeindeebene erlaubt und hatte sich auf Bibelarbeit und Gottesdienst zu beschränken. Dennoch strömten die politischer Indoktrination überdrüssigen Jugendlichen in kirchliche Jugendgruppen, die ihnen Freiraum für eigenverantwortliches Handeln und interessante Freizeitgestaltung boten. Zur JG rechneten alle Mitglieder einer Kirchengemeinde zwischen 15 und 25 Jahren. Die Ausrichtung der Jungen Gemeinden ergab sich aus dem Einzugsbereich ihrer jeweiligen Kirchengemeinde. Dörfliche Gemeinden waren stärker von Volksfrömmigkeit geprägt; von Oberschülern geprägte städtische Gemeinden betrieben Bildungsarbeit. Wichtig waren die überregionalen Rüsten (Sehlis), Wanderungen und Laientheater. Allerdings erreichte die JG die bereits vor 1933 säkularisierte Arbeiterschaft kaum, von Ausnahmen wie Vielau und Tiefenort einmal abgesehen. Insgesamt erschien sie als Konkurrentin der 1946 mit kirchlicher Beteiligung gegründeten FDJ, obwohl viele Mitglieder der JG zunächst für den Sozia-

lismus offen waren, weil z. B. nunmehr auch für Mädchen der Zugang zu allen Berufen möglich war. Koch unterscheidet fünf Phasen des Konflikts: 1. 1945–1949: „Staatliche Eingriffe in die Arbeit der Gemeindejugend" in Sachsen, u. a. im Kreis Löbau und in Rochlitz, bzw. „die anfängliche Duldung der kirchlichen Jugendarbeit" in Thüringen; 2. 1950 – Frühsommer 1952: Übergang zur direkten Konfrontation, 3. 2. Halbjahr 1952: „Vorbereitung zur Beseitigung der JG"; 4. Ende 1952 – Frühjahr 1953: „Versuchte Liquidierung"; 5. Frühjahr bis Sommer 1953: „Tauwetter" aus deutschlandpolitischen Rücksichten nach sowjetischer Intervention. Wie Koch an vielen Einzelbeispielen u. a. aus Chemnitz, Dresden, Leipzig, Marienberg, Meißen, Mittweida, Plauen, Zwickau, Apolda, Eisenach, Gera, Hildburghausen, Sondershausen und Weimar zeigt, erreichten öffentliche Diffamierung, Relegationen an Oberschulen und Universitäten, Entlassungen und Schauprozesse weithin ihr Ziel. Hatte die sächsische Verwaltungspolizei noch 1952 für einige Orte die Gefährdung des Bestands der FDJ durch die JG gemeldet (S. 140), so mußten die Leipziger Kirchenbezirke im Juni 1953 einen Rückgang der JG um 25–50 Prozent konstatieren (S. 236). Im Verlauf der Auseinandersetzungen, die mit der verbindlichen Einführung der Jugendweihe 1955 fortgeführt wurden, verließen diejenigen Jugendlichen, die nicht primär religiös motiviert waren, die JG, ebenso diejenigen, denen an ihrem weiteren beruflichen Fortkommen gelegen war. Mit dem quantitativen Verlust war für die JG ein Verlust an intellektuellem Niveau verbunden. Unterschiedliche Entwicklungen zwischen Sachsen und Thüringen als Konsequenz aus der staatsloyaleren Haltung des thüringischen Bischofs Mitzenheim sind nur in der ersten Phase festzustellen. Hervorzuheben ist Kochs methodische Sicherheit bei der Gewichtung und Interpretation der unterschiedlichen Quellengruppen. Diese landeshistorische Arbeit führt – trotz Ungenauigkeiten bei Archivsiglen und -signaturen und kirchlichen Bezeichnungen – über die vorliegenden Einzelstudien zur Jugendarbeit weit hinaus.

Dresden Carlies Maria Raddatz

Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1999. 654 S. (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 11)

Anläßlich des zehnten Jahrestages der deutschen Einheit gehen die Gedanken zurück in die Geschichte der deutschen Teilung und der vierzigjährigen Zweistaatlichkeit. Unwillkürlich stellt sich die Frage, ob die Einheit nicht schon eher zu erreichen gewesen wäre. Heidi Roth gibt in ihrer ungemein detailreichen Geschichte des 17. Juni 1953 in Sachsen darauffolgende Antwort, die nachdenklich stimmt: „Besonders die Diskussionen um die nationale Orientierung des Aufstandes sind nach wie vor kontrovers. Zweifellos aber wäre allein schon durch die Kombination der Forderung nach freien Wahlen mit der Forderung nach der Einheit Deutschlands die Wiedervereinigung als Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses präjudiziert gewesen. 1953 wollten die Deutschen in Ost und West die Einheit Deutschlands ..." (S. 624). In den Feierstunden zum zehnten Jahrestag ist kaum davon die Rede gewesen. Die Lektüre dieser umfassenden Untersuchung der regionalen Ereignisse im Sommer 1953 tröstet in gewisser Weise über das Vergessen einer wichtigen Voraussetzung der späteren Wiedervereinigung hinweg. Im Mittelpunkt steht die punktgenaue Rekonstruktion des Aufstandes in Sachsen, dem „wichtigsten Experimentierfeld der kommunistischen Staatspartei" (S. 9). Die Autorin weicht von Untersuchungen älteren und neueren Da-